gewöhnt worden ist, wird kaum je wieder zu dem an sich ja bescheidenen Genuß der schlichten weltlichen Logik gelangen, deren die Arbeiterbewegung wie des lieben Brotes bedarf.

Soll die Religion Privatsache sein, so muß ebenso aller religiöser wie aller antireligiöser Dunst von dem Parteileben als solchem ferngehalten werden.

Die Reichskrisis und die Sozialdemokratie.

Von **Parvus.**

(Schluß.)

2. Arbeiterpolitik.

Die kapitalistische Welt ist wieder in eine Periode der Katastrophen eingetreten. Allerdings ist kein allgemeiner Zusammenbruch zu erwarten etwa in dem Sinne, daß die kapitalistische Produktion einfach nicht mehr weiter kann, die Börse auseinanderläuft, die Geschäftsleute ratlos umherirren und die Welt sich gar nicht anders zu helfen weiß, als indem sie sich dem organisierten Proletariat ausliefert. Diese Idee gehörte niemals zu den Gedankengängen des wissenschaftlichen Sozialismus, sie war bloß die Vision des Proletariers, der zum Klassenbewußtsein erwachte, und half ihm, Mut zu fassen angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die sich vor dem Proletariat in seinem Klassenkampf auftürmten. Eine Gesellschaftsordnung ändert überhaupt nie von selbst ihre Form, sondern sie wird mit Hilfe der politischen Gewalt umgestaltet. Die Produktionsentwicklung erzeugt soziale Gegensätze und löst politische Kämpfe aus; diese letzteren schaffen schließlich eine politische Ordnung, die der Produktionsentwicklung neue Kräfte zuführt, dadurch selbst neue Stützpunkte und Entwicklungsstimule empfängt und so die Gesellschaft neu gestaltet. Solange eine Gesellschaftsklasse nicht politisch niedergekämpft worden ist, hält sie ihrerseits mit den Mitteln der politischen Gewalt die Gesellschaftsordnung aufrecht, in der ihre Macht wurzelt.

Wir befinden uns mitten in Sturm und Drang. Die Regierungen und die herrschenden Klassen sind sich dessen wohl bewußt — jedenfalls mehr als die Völker. Die Volksmassen, die abseits von der Leitung der Staatsgeschäfte stehen und noch mehr von jenen Kreisen, in denen die kapitalistischen Weltpläne geschmiedet werden, merken bloß, daß sich dort Unruhe und Unsicherheit geltend machen, und werden überrascht durch den wilden Ausbruch politischer Leidenschaften bei Gelegenheiten, die sonst unbeachtet vorübergingen. Bald ist es die amerikanische Gefahr, die das kapitalistische Europa in Aufruhr versetzt, und zwar das eine Mal, weil sich die Vereinigten Staaten von Europa abschließen, das andere Mal, weil sie die Herrschaft der europäischen Staaten auf dem Weltmarkt bedrohen. Dann wieder ist es die mongolische Gefahr: weil Japan sich zu einem Industriestaat entwickle, deshalb fühle sich Europa bedroht, weil in China die Reformbewegung erstarke, deshalb müsse Deutschland Panzerschiffe bauen! Oder es ist die deutsche Gefahr: die Deutschen — rufen die englischen Jingos — seien auf allen Märkten eingedrungen, sie verderben überall das Geschäft, lassen niemand mehr aufkommen, sie sind die Störenfriede der Welt! Oder es ist die englische Gefahr: weil England die Meere beherrscht. Oder die Mazedonier sind an dem Unfrieden schuld, der das politische Gleichgewicht Europas stört, weil sie um ihre Freiheit kämpfen; die Türken, weil sie Revolution machen; die

Bulgaren, weil sie die türkische Revolution stören; Österreich ist schuld, weil es annektiert; die Bosniaken beziehungsweise Serben, weil sie sich nicht annektieren lassen wollen. Frankreich ist schuld, weil es Armeen nach Indochina und nach Marokko sendet; Belgien, weil es bis zur offiziellen Annexion des Kongo über keine offizielle Kolonialarmee verfügte. Soviel es Zentren der kapitalistischen Weltpolitik gibt — so viel Gefahren für den Bestand der kapitalistischen Welt; soviel Staaten — so viel Schuldige; und jede politische Regung an irgend einem Ende der Welt, jeder Kampf einer Nation, eines Staates um wirtschaftliche Selbständigkeit — und diese Kämpfe mehren sich —, sie bringen alle weltpolitischen Beziehungen durcheinander und übereinander.

Die Idee eines europäischen Krieges, eines Weltkriegs, die noch vor wenigen Jahren so ungeheuerlich erschien, daß man sie kaum zu fassen vermochte, sie ist in den Bereich der naheliegenden Möglichkeiten gerückt. Ich habe in meinem vorangehenden Artikel (in Nr. 10) darauf hingewiesen, wie diese heraufziehende Kriegsgefahr die innere Schwäche der kapitalistischen Staaten zum Bewußtsein der Regierungen und der herrschenden Klassen bringt. Diese innere Schwäche ist bedingt worden — ich wiederhole es hier — durch die Verschärfung der Klassengegensätze, die ihrerseits eine Folge der kapitalistischen Produktionsentwicklung ist; durch die politische Stagnation, die seit dem Niederschlagen der Märzrevolution in Europa unter der Führung von Preußen und Rußland herrschte; durch die Entwertung der nationalen Ideen der Bourgeoisie und den Verfall ihrer öffentlichen Meinung; durch großkapitalistische Welteroberungspläne, die den Volksmassen ebenso fremd bleiben, wie zur Zeit der absolutistischen Monarchien die dynastischen Eroberungskriege ihnen fremd waren. Dieselbe kapitalistische Bourgeoisie, die sich das Proletariat zum Todfeind gemacht hat, braucht die Arbeitermassen als politische Bundesgenossen, und sie stellt an diese Massen die höchsten Ansprüche, die es überhaupt gibt, sie will, daß Millionen ihr Leben und die Existenz ihrer Familie in die Schanze schlagen — wofür? Sie bleibt die Antwort schuldig. Sie weiß wohl, welches Profitinteresse ihr dabei winkt, aber sie findet keine geeignete Losung, um es in ein allgemeines Interesse umzulügen.

Wenn man diese stürmische und widerspruchsvolle Entwicklung in einem kritischen Punkte zusammenfassen könnte, an dem sich alles bricht, dann wäre die taktische Frage für die Sozialdemokratie leicht zu lösen: dann brauchten wir bloß als fromme Herde zusammenzuhalten, bis die Stunde des jüngsten Gerichtes kommt, da die Böcke von den Schafen geschieden werden; dann hörte jeder Zufall auf, aber auch jeder Witz und jedes Können. Es gibt keinen solchen kritischen Punkt, es gibt nur kritische Zeiten, die vom Proletariat mehr oder weniger ausgenutzt werden können, wobei es sehr auf seine Tatkraft, sein Klassenbewußtsein, seine politische Schulung und seine sozialrevolutionäre Einsicht ankommt. Und diese kritischen Zeiten selbst haben ihre Wandlungen. Die Krisis verschärft sie, der Aufschwung überbrückt sie. Ab und zu schreckt die Entwicklung gleichsam vor ihren eigenen Folgen zurück. Der Anfang vollzog sich weit außerhalb Europas in der Kollision zwischen Japan und China. Als sich später die Vereinigten Staaten in die Kämpfe auf den Philippinen einmischten, erschien das ein ungeheuerliches Beginnen. Überraschend, wie der Ausbruch dieser Kämpfe, war ihr Ausgang und die gesamte politische Entwicklung Nordamerikas seit jener Zeit. Großbritannien zögerte lange, bis es den Kampf gegen die Burenrepubliken wagte. Noch länger

waren die Vorbereitungen Japans — und Englands — zu der Auseinandersetzung mit Rußland, obwohl ihre Unvermeidlichkeit gleich nach der russischen Okkupation Port Arthurs offenbar wurde. Darauf setzte die russische Revolution ein und brachte alle Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten zum Stillstand. Das politische Auftreten des russischen Proletariats drängte alle kapitalistischen Streitpunkte in den Hintergrund. Das kapitalistische Europa war wieder einig, weil es die Grundlagen seiner Herrschaft in allen Staaten bedroht sah. Was wir damals nur haben ahnen können, jetzt steht es als geschichtliche Tatsache hinter uns: die Kämpfe, die wir an der Newa auszukämpfen hatten, waren Weltkämpfe; der Sieg der russischen Revolution mußte alle politischen Verhältnisse in Europa erschüttern und überall dem kämpfenden Proletariat einen ungeheuren Machtzuwachs verschaffen. Die kapitalistische Welt hielt stille, eine große Angst kam über die Bourgeoisie. Nun sind zwar die Zustände in Rußland noch immer so, daß die Regierung nur mit Hilfe des Kriegszustandes herrscht, indem sie das Land von der Armee besetzt hält, allein nach und nach gewann die europäische Bourgeoisie doch wieder ihre Zuversicht, da sie glaubt, die russischen Arbeiter werden nicht so schnell wieder aufkommen. Damit zugleich beginnt die Liquidation der russischen Revolution in Europa, und das ist eine gewaltige Verkettung von Interessengegensätzen.

Den Anfang der neuen Entwicklung machte Österreich durch die Annexion des Sandschak Nowibasar. Die Folgen waren so weittragend, daß, wenn die österreichische Regierung sie vorausgesehen hätte, sie sicher den verhängnisvollen Schritt unterlassen hätte, wie sie ja auch bereits die neue Annexion aufgegeben und sich beeilt hat, wenigstens den 1878 geschaffenen Zustand zu sichern. Die türkische Revolution beherrscht jetzt das Interesse und neben ihr ein Rattenkönig von Kriegsverwicklungen im europäischen Orient. Sollte es zu einem Kriege zwischen den Balkanstaaten und Österreich kommen, so würde die politische Spannung in Europa auf das äußerste gesteigert werden, denn dieser Krieg, wie auch sein Ausgang wäre, müßte alle politischen Verhältnisse in Europa aus dem Zusammenhang bringen. Auch die Rückwirkung auf die russische Revolution würde nicht ausbleiben; welcher Art diese Rückwirkung sein würde, erhellt unter anderem daraus, daß schon jetzt die bereits perfekt gewesene russische Anleihe in Paris durch die Balkanwirren in Frage gestellt wurde.

Mögen nun die kritischen Zeiten Jahre oder Jahrzehnte dauern, schließlich wird, schlecht oder recht, wieder ein politisches Gleichgewicht hergestellt werden, in Europa sowohl wie in der ganzen Welt.

Gelingt es der Kapitalistenklasse, inmitten dieses Wirrwarrs von wirtschaftlichen Kollisionen, politischen Kämpfen und Kriegen ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und zu sichern, so wird sie später wieder die Zügel der Regierungsgewalt straffer anziehen und dem Proletariat deutlich genug zu Gemüte führen, daß der Staat eine Maschine ist, um die Massen zu beherrschen.

Darum nur keinen Fatalismus! Es ist Kinderweisheit, alles dem Laufe der Ereignisse überlassen zu wollen. Die Geschichte schafft bloß Wechselbeziehungen, löst Kräfte aus, sie hat es nicht übernommen, für uns zu denken; unsere Aufgabe ist es, die Zusammenhänge zu erkennen und, darauf gestützt, zu suchen, durch Wirkung und Gegenwirkung zum Ziele zu gelangen.

Sehen wir nun zu, welche Schlußfolgerungen aus der geschilderten politischen Entwicklung für die Taktik der Sozialdemokratie gezogen werden können.

Das Nächstliegende ist, daß wir unsere Ideologie, die überlieferten taktischen Ansichten einer Revision unterwerfen. Denn es ist die Eigenschaft jeder Ideologie, daß sie die Verhältnisse überdauert, denen sie entsprungen ist, und sich dann als Welt der Einbildung der wirklichen Welt entgegensetzt. Doch gibt es allerdings Unterschiede. Je tiefer die Erkenntnis, desto weiter trägt sie, so daß man sogar mit einem gewissen Rechte sagen kann, daß man aus der Vergangenheit weit mehr für die Zukunft als für die Gegenwart lernen kann. Wir besitzen eine große geschichtsphilosophische Erkenntnis: die Idee des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Weil sie aber tief in die Vergangenheit reicht und weit über die Gegenwart hinausragt, hat sie schon manche politische Tagesmaxime ad absurdum geführt, die sich so vorzüglich in der Praxis bewährte, solange der Tag lebte.

In diesem Augenblick haben wir mit der ideologischen Erbschaft der neunziger Jahre abzurechnen. Es war die trübseligste Zeit der nachrevolutionären Periode: die großen Gegensätze auf dem Weltmarkt hatten sich bereits abgezeichnet, aber die englische Kapitalistenklasse vermochte noch nicht die ganze Tragweite des ihr entstandenen wirtschaftlichen Gegengewichtes zu erfassen, das deutsche Weltkapital wagte sich nur schüchtern politisch hervor, in Amerika führte noch immer das Farmertum das Regiment; Europa stand unter dem Drucke der amerikanischen Getreidemassen, da die europäische Bourgeoisie nicht genug Energie in sich fand, um das billige Getreide als Machtmittel der industriellen Entwicklung zu gebrauchen; kein großzügiger Gedanke, kein weitausgreifender Vorsatz sowohl bei den Regierungen wie bei den bürgerlichen Parteien; die Sozialdemokratie setzte sich in den Parlamenten fest, wurde aber noch überall als Eindringling betrachtet, den man am Ende mit Gewalt los werden müßte; die Trade Unions in England gelangten an einen toten Punkt, während die großzügige Entwicklung der deutschen Gewerkschaften erst in ihren Anfängen war; die Traditionen der Märzrevolution waren verblaßt, das politische Regime in Europa schien unerschütterlich zu sein, und dieser Eindruck wurde durch die Herrschaft Alexanders III. in Rußland noch sehr wesentlich verstärkt. Es war die Zeit der parlamentarischen Mittelstandsretterei, des Antisemitismus, der Bauernbündelei usw. Die große geistige Macht der in den Revolutionen geschaffenen Ideologie, das ist der wissenschaftliche Sozialismus, half dem Proletariat über diese Zeit hinweg. Aber auch die neunziger Jahre hinterließen ihre ideologische Spur in der Sozialdemokratie, das sind die revisionistischen Irrlichter, die zwar nicht imstande sind, eine Richtung anzugeben, aber, wenn man ihnen folgt, durch ihren Mangel an Ziel und Festigkeit vom Wege abbringen. Der Revisionismus ist die Ungewißheit, er raubt seinen Anhängern den Mut der Entschließung, er ist die ewige Frage: „Warum nicht auch anders?" Weil das große geschichtliche Ziel ihren Augen entschwunden ist, sind sie bereit, die Gesamtinteressen der Bewegung für jeden Kleinerfolg, jeden Nebenzweck preiszugeben. Die Zeiten sind längst anders geworden, wir durchleben die größten Konflikte auf dem Weltmarkt wie in der Politik, die Existenz der Staaten wird aufs Spiel gesetzt, das Großkapital beherrscht alles, nicht der Mittelstand, sondern die Börse und die Kolonialpolitik stehen im Vordergrund des Interesses. Aber befangen von der engen Doktrin einer kleinlichen Zeit, begreifen die Revisionisten die neue Wendung der Dinge nicht, setzen sie die Stimmungen eines Jahrzehnts der Geschichte eines Jahrhunderts entgegen und merken nicht einmal, wie sie in einen immer

schlimmeren Gegensatz zu den Massen geraten, die durch die Zuspitzung der Kämpfe in eine immer gereiztere Stimmung versetzt werden. Die Zurückweisung der revisionistischen Flaumacherei, die in den neunziger Jahren wesentlich ein theoretischer Kampf war, ist jetzt, da es vor allem auf ein energisches, entschlossenes Auftreten ankommt, eine sehr wesentliche „realpolitische" Forderung.

Jahrzehnte hindurch gingen die Regierungen und ganz besonders die deutsche Reichsregierung darauf hinaus, die Arbeitermassen zu Straßenkämpfen zu provozieren. Die Sozialdemokratie ließ sich dadurch nicht einschüchtern, aber sie hatte angesichts dieser Taktik der Regierung große Sorgen und eine harte Arbeit, um die Massen politisch zurückzuhalten. Indes haben die Kämpfe in Belgien, Österreich und Rußland sowie die Zusammenstöße in Italien und Frankreich gezeigt, daß die Sache keineswegs so einfach sei, wie sie zum Beispiel dem deutschen Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf erschienen war, der mit ein paar Feuerspritzen das aufständische Volk auseinanderjagen wollte. Das ist das eine. Das andere ist, daß die Regierungen jetzt anderes zu tun haben, als das Volk auf die Straße zu locken. Was sie sich früher herbeiwünschten, um ein Exempel zu statuieren, das fürchten sie jetzt; sie wollen es sicher nicht. Während der großen Straßenkundgebungen in Berlin erklärte Bülow, er werde Militär aufmarschieren lassen. Wäre es damals zu einer Schießerei gekommen, wie stünde jetzt das Reich da? Die politische Stellung Deutschlands hat sich auch ohnedies während der letzten Monate zusehends verschlimmert — wie aber erst, wenn es eine Zeit der inneren Unruhen gewesen wäre? Ein Blutvergießen in den Straßen Berlins wäre gewiß nicht das geeignete Mittel, das Ansehen des Reiches zu heben.

Ich führe dies an, nicht um für ein bestimmtes Kampfmittel besondere Propaganda zu machen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß die Partei alle ihre Kampfmittel, die parlamentarischen wie die außerparlamentarischen, in der nächsten Zeit wird schärfer in Gebrauch nehmen können. Die Partei kann jetzt mehr einsetzen und auch mehr wagen als je zuvor. Doch wichtiger noch als die Intensität ist der Gegenstand des Kampfes.

Da drängt sich uns nun als nächstes Kampfobjekt das auf, was gegenwärtig im Brennpunkt der Staatspolitik steht: der Krieg. Die kapitalistische Bourgeoisie treibt die einzelnen Staaten in den Krieg — wir arbeiten dem Krieg entgegen. Die Sozialdemokratie hat oft genug erklärt: Wenn es zu einem europäischen Krieg kommen sollte, dann würden sich die Regierungen erst mit den Völkern auseinandersetzen müssen — nun wohl, die Zeit ist bereits gekommen, es helfen keine allgemeinen Erörterungen mehr, die Auseinandersetzung muß stattfinden, sie kann nicht mehr hinausgeschoben werden. Wir stehen mitten in dieser Auseinandersetzung, indem wir der nationalpatriotischen Propaganda entgegentreten. Wenn die Bourgeoisie früher den nationalen Gedanken hervorkehrte, um die Klassengegensätze zu verschleiern, so tut sie es jetzt, um den Krieg zu entfesseln. Jede Betätigung der internationalen Solidarität des Proletariats ist unter diesen Umständen eine Handlung von höchster Aktualität. Eine ganz besondere Bedeutung gewinnt darum die Maifeier. Wir sind jetzt berechtigt, an die Massen heranzutreten und ihnen zu erklären: „Laßt alle Rücksichten fallen, legt die Arbeit am ersten Mai nieder, zeigt eure Solidarität, wenn ihr dem Krieg entgegenwirken wollt."

Es ist selbstverständlich, daß wir das Profitinteresse, die kapitalistischen Gegensätze aufdecken müssen, die hinter den nationalen Redensarten stecken,

und am allerwenigsten selbst die nationale Schwärmerei mitmachen dürfen. Das Liebäugeln mit dem Nationalismus, das ist in diesem Augenblick mehr als eine ideologische Schrulle, es ist ein Verrat an der Sache des Proletariats. Je näher aber die Kriegsgefahr, desto leichter wirkt der patriotische Taumel ansteckend.

Auch der Kriegspatriotismus versteht zu imponieren, wenn er große Probleme aufwirft. Aber selbst wenn es ihm nicht gelingt, das Volk zu begeistern, so ist sein Werk schon zur Hälfte getan, wenn er einen Haß gegen die fremde Nation entfesselt. Darum muß die Sozialdemokratie jeder Nation vor allem darauf bedacht sein, objektiv über die anderen Staaten zu urteilen und zu unterscheiden lernen, was kapitalistische Staatspolitik und was der Wille der Volksmassen ist.

Mehr denn je müssen wir jetzt die proletarische Ideenwelt der bürgerlichen Ideenwelt entgegensetzen. Wir müssen die Nationen in Klassen spalten, um das Proletariat zu einigen. Ging in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung der Sozialdemokratie dahin, daß das Proletariat zu einer nationalen Macht in jedem einzelnen Staate wurde, so muß jetzt, da die Staaten Europas selbst daran sind, ihre politischen Schranken zu sprengen, das Schwergewicht auf ein politisches Zusammenwirken des europäischen Proletariats gelegt werden. Sollte es uns auch nicht gelingen, auf diese Weise den Krieg zu verhindern, so bilden wir doch jene Macht heran, die notwendig ist, um die durch den Krieg und nach dem Krieg geschaffene Situation im Sinne des Proletariats auszunutzen.

Unsere zweite Aufgabe ist die, die steigende Sorge der Staaten um ihre innere Konsolidierung zu demokratischen Errungenschaften auszunutzen. Dabei treffen wir gelegentlich auf unserem Wege die bürgerlichen Parteien. Das war zum Beispiel soeben im Reich der Fall. Die Kriegsgefahr offenbarte vor der deutschen Bourgeoisie die Gefahren des persönlichen Regiments; der Kampf gegen das persönliche Regiment offenbarte alle politischen Unzulänglichkeiten des Staates. Daß wir da mit bürgerlichen Elementen zusammengehen können, ist ohne weiteres klar, nur dürfen wir uns keinen Illusionen darüber hingeben, daß wir und die Bourgeoisie auch in diesem gemeinsamen Kampfe verschieden weit gehen, mit verschiedenen Mitteln kämpfen und verschiedene Interessen verfolgen. Das Kampfmittel der Bourgeoisie ist ihre politische Autorität. Sie verfügt zwar über einen wichtigen politischen Faktor, nämlich über die wirtschaftliche Macht, aber sie wird sich hüten, diese aufs Spiel zu setzen. Ihre Taktik besteht deshalb in dem moralischen Druck auf die Regierung. Dieser ist allerdings vorhanden. Das parlamentarische Auftreten der bürgerlichen Parteien macht deshalb einen ganz anderen Eindruck, als das der Sozialdemokratie. Versteht unsere Partei ihr Auftreten im Parlament nicht auf andere Weise zu unterstützen, so bleibt sie darum unfehlbar im Schwanze der bürgerlichen Opposition. Ganz umgekehrt wie bei den bürgerlichen Parteien, liegt unsere Stärke nicht in unserem parlamentarischen Ansehen, sondern in den Massen, die wir in Bewegung zu setzen vermögen. Und wenn auch die Bourgeoisie gegen das persönliche Regiment kämpft, so will sie doch zugleich eine starke, möglichst unabhängige Regierungsgewalt, denn sie braucht diese gegen niemand sonst als gegen das Proletariat. Darum wäre eine Taktik, die darauf hinausginge, ja nur die bürgerliche Opposition nicht zu „stören", durchaus verfehlt. Wir sind unfehlbar verraten, wenn wir uns der politischen Führung der Bourgeoisie anvertrauen. Wir brauchen vielmehr den

Druck der Massen, um die bürgerlichen Parteien vorwärts zu treiben, und wir brauchen ihn, um den Kampf weiterzuführen, wenn uns die Bourgeoisie im Stich läßt.

Verfehlt wäre es, die liberalen Anwandlungen der Bourgeoisie als grundsätzliche Änderung ihrer Politik auffassen zu wollen. Sie sind vorübergehend, ergeben sich aus den Verwicklungen der auswärtigen Politik. Wir sehen denn auch, wie zu gleicher Zeit der reaktionäre Zusammenschluß des Unternehmertums immer fester um sich greift.

Wir dürfen nicht auf die liberale Ideologie bauen, sondern müssen unsere Aufmerksamkeit auf die politischen Umstände richten, die die Bourgeoisie veranlassen, ihren Liberalismus hervorzukehren. Diese müssen wir uns zunutze kommen lassen.

Daraus ergibt sich, daß wir nicht bei den Forderungen stehen bleiben können, die der politische Moment der Bourgeoisie diktiert. Einerlei, ob es sich um ein verantwortliches Reichsministerium, um das preußische Landtagswahlrecht oder um ein Reichsbergbaugesetz handelt, die Zeit ist günstig, damit wir unsere Forderungen mit äußerster Energie vertreten.

Auch dürfen wir nicht außer acht lassen, daß es Rechte gibt, die man sich dadurch erwirbt, daß man sie gebraucht. Dahin gehören die Straßenkundgebungen der Massen. Sie stehen jetzt in Deutschland auf der Tagesordnung. Denn die bisher üblichen Agitationsmittel der Partei reichen nicht mehr aus. Die Presse wendet sich wohl an die Massen, aber sie nimmt sich den einzelnen vor. Über die Versammlungen ist die Partei hinausgewachsen. Wenn man in Berlin an einem Abend dreißig Versammlungen abhält, so hat man doch die Massen nicht beisammen, sondern sie sind in dreißig Teile geteilt. Es ist etwas anderes, wenn hunderttausend Personen die Straßen füllen. Die Arbeiter müssen lernen, sich als Masse zu fühlen, sie müssen auch lernen, sich als Masse zu bewegen, sie müssen lernen, die Straße zu beherrschen.

Arbeiterpolitik sei die Losung. Wenn das Proletariat in jedem Staat sich als Klassenmacht absondert, seine eigenen politischen Forderungen vertritt und die Arbeiter in ganz Europa zusammenhalten, während die kapitalistischen Staaten in politischen Stürmen sich gegenseitig die Machtstellung erschüttern, so haben offenbar die Arbeiter den taktischen Vorteil gegenüber der Bourgeoisie. Von der Intensität der kapitalistischen Kämpfe hängt es dann hinwiederum ab, ob das Proletariat mehr oder weniger vordringt, welche speziellen politischen Probleme, von welcher Tragweite, es aufwirft.

Zur Neugestaltung unserer Parteiorganisation.

Von **Wilh. Dittmann** (Frankfurt a. M.).

(Schluß.)

2. Aktuelle Probleme.

Einheitlichkeit der Organisation.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes ist die äußere Möglichkeit zu weiterer Vervollkommnung und Vereinheitlichung der Grundlage und der Gliederung unserer Parteiorganisation gegeben. Die Ausbreitung und innere Kräftigung der Bewegung haben außerdem eine Reihe von Fragen zur Lösung heranreifen lassen, die für die demokratische Ausgestaltung des inneren Parteilebens immer wichtiger und aktueller geworden sind.